

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. subd., fl. 1. 8. 1866. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Unser Parteiprogramm.

I.

Fest und unwandelbar, auf eherner Grundlage ruhend, sind die Principien der socialen Demokratie, unwandelbar sind ihre Ziele und Zwecke.

Aber eine jede Partei bedarf gewisser Mittel zur Förderung ihres Strebens und ob auch das Streben selbst das gleiche bleibe — die Mittel können sich ändern.

Denn die äußeren Verhältnisse, in denen eine jede Partei sich bewegen muß, der tatsächliche Grund, auf welchem sie fußt, die ganze politische Sachlage, können sich ja ändern und es ist klar, daß mit solcher Aenderung der tatsächlichen Verhältnisse zwar nicht die Ziele, wohl aber die Mittel jeder vernünftigen Volkspartei sich ändern müssen.

Oder glaubt man, dieselben Mittel, welche z. B. eine französische Partei noch im Januar des Jahres 1848 für gut hielt, dieselben Mittel würde sie ruhig nach der Februarrevolution beibehalten haben. Glaubt man z. B., die republikanische Partei, welche so trefflich die „Reformbanquette“ verwerthete, glaubt man, diese republikanische Partei hätte sich nach der Revolution noch weiter mit „Reformbanquetten“ aufhalten sollen?

Auch wir leben in einer Zeit, wo es nöthig ist, daß jede Partei neue tatsächliche Verhältnisse an ihre bleibenden Principien halte, auf daß sie mit Sicherheit erkenne, welchen Weg sie am Besten wandle, um sich dem Ziele zu nähern.

Die Ereignisse dieses Jahres haben freilich nicht die tiefgehende Bedeutung einer französischen Februarrevolution, aber sie sind immer von entscheidendem Gewicht — von entscheidendem Gewicht insbesondere für unser Vaterland.

Prüfen wir also, was Angesichts des Neuen unser Parteiprincip von uns verlangt.

Was wir in socialer Beziehung wollen, das kann durch politische Ereignisse, seien dieselben auch noch so bedeutend, nicht berührt werden. Mag ja vorgehen in der Politik, was da will: Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und mit diesem Gegensatz die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bleibt ja immer.

In socialer Beziehung also ist die Sache gar einfach: Nach wie vor und wie auch immer die Dinge sich politisch weiter gestalten mögen, bleibt unsere sociale Forderung: Emancipation der Arbeit aus den Fesseln des Kapitals.

Aber darin sind wir ja Alle einig, daß wir die sociale Lösung der Arbeiterfrage nur von einem Volksstaate verlangen können, von einem Staate, in welchem die wesentlichsten Volksrechte sichergestellt sind und der Schwerpunkt im Volke liegt. Nur von einem solchen Staate kann die deutsche Social-Demokratie die sociale Lösung der Arbeiterfrage verlangen: denn niemals, niemals sollen die deutschen Arbeiter zum Werkzeuge herrschsüchtiger Junker heruntersinken.

Insofern also, um dieses Gesichtspunktes willen, ist die politische Seite der Sache auch eine Vorbedingung der socialen, und diese politische Seite gerade ist es, die wir nunmehr zu betrachten haben.

Politischer Theil.

Berlin, 29. November.

Die Schulze'schen Genossenschaften haben schon lange das Bestreben, in geordnete privatrechtliche Stellung zu gelangen und mit Recht hat das preussische Abgeordnetenhaus sich dieser Sache angenommen. Es ist klar, daß auch wir jenen Genossenschaften bestes Gedeihen wünschen müssen, einmal darum, weil wir ja nie verkannt haben, daß jene Genossenschaften einiges Gute wirken können, wenn man sich nur nicht einbildet, daß dadurch die Lage der Arbeiter nachhaltig und im Großen geändert werden könne; ferner aber auch darum, weil wir überhaupt wünschen müssen, daß man den Arbeitern in ihren Bestrebungen, selbst wenn es trübe oder unnütze sein sollten, keine Hindernisse in den Weg lege. Das Streben nach Freiheit und geordneten, jede Willkür ausschließenden Rechtszuständen ist uns gemeinsam mit den Anhängern der Schulze'schen Richtung, und wir müssen daher auch wünschen, daß es allen bestehenden Genossenschaften gelingen möge, die ihnen zukommende Rechtsstellung zu erlangen. Die Genossenschaften entbehren bisher einer angemessenen Vertretung und der den juristischen Persönlichkeiten eigenen Erwerbsfähigkeit, können also auch nicht der Rechte theilhaftig werden, welche das deutsche Handelsgesetzbuch und speciell die in diesem vorgesehene Publicität mittelst Eintragung in die Handelsregister bewirkt. Diesem Uebelstande muß sicherlich abgeholfen werden.

Es würde hier zu weit führen, das Verhältniß der Genossenschaften zur bestehenden Gesetzgebung, besonders zum deutschen Handelsgesetzbuche, ausführlich zu entwickeln, wie es in dem im Frühjahr erstatteten Commissionsberichte des preussischen Abgeordnetenhauses geschehen ist. Aber wir wollen wenigstens kurz bemerken, wie die Sache in Preußen steht.

Der Entwurf der preussischen Regierung stimmt

in seiner ganzen Fassung und den Hauptgrundlagen nach mit einem ältern Entwurf überein, welcher aus den Commissions-Verathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war. Er hat, wie dieser, als leitende Grundzüge angenommen:

1) Daß die Genossenschaft unter einer bestimmten Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen könne, und daß diese Firma auch bei dem Wechsel der Personen als das berechtigte und verpflichtete Rechtssubject anzusehen sei.

2) Daß die Genossenschaft nach außen hin durch einen Vorstand nach allen Seiten hin vertreten werde.

3) Daß die Solidarhaft der Genossen auf eine Solidarbürgschaft reducirt werde, welche dann in Kraft tritt, wenn das Vermögen der Genossenschaft zur Befriedigung ihrer Gläubiger nicht ausreicht.

Nur in einem sehr wichtigen Punkt besteht eine Abweichung, die, wie wir fürchten, das Zustandekommen des Gesetzes verhindern könnte. Sie liegt im §. 4, welcher die „Anerkennung“ der Genossenschaft durch den Ober-Präsidenten der Provinz zur Bedingung für die Erwerbung der in dem ganzen Gesetze ausgesprochenen Rechte macht. Hiernach beabsichtigt der Regierungs-Entwurf eine administrative Einwirkung auf das Genossenschaftswesen, welche seinem Charakter durchaus nicht entspricht.

Die oben erwähnte vorbereitende Commission des Abgeordnetenhauses hat denn auch in ihrer Mehrheit diesen Paragraphen abgelehnt und die Erwerbung des Rechtes einer juristischen Persönlichkeit nur von der Eintragung in das Handelsregister und selbstverständlich von der Uebnahme der sonst im Gesetze ausgesprochenen Pflichten abhängig gemacht. Die Commission wollte jede bevorzogene Einmischung ferngehalten wissen; die Mehrheit fürchtete, und mit vollem Recht, daß neben den „anerkannten“ Gesellschaften die Existenz der nichtanerkannten gefährdet werde; daß diese „Anerkennung“ auf eine Concessionirung hinauslaufe, deren hemmender Einfluß auf anderen Gebieten schwer genug empfunden wird. Man fand also in der betreffenden Bestimmung einen Rückschritt gegen die wirkliche Sachlage und machte das Zustandekommen von dem Wegfallen jener Bestimmung abhängig.

Die Aufrechterhaltung dieses Paragraphen in dem neuen Entwurf der preussischen Regierung deutet darauf hin, daß sie nicht gesonnen ist, in diesem Punkte nachzugeben und es würde also neuerdings eine im Interesse der Arbeiter liegende Sache verschleppt und hinausgezogen werden.

Ueberhaupt muß bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die preussische Regierung, obschon ihr Mangel gern den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit geben möchten, doch in Wahrheit noch nichts für die Arbeiter gethan hat, selbst da nicht, wo gar kein wesentliches Hinderniß entgegenstand, z. B. in der Coalitionsfrage und in

der Angelegenheit der Schulze'schen Genossenschaften. Das sollte von beiden Seiten, von den Anhängern Lassalle's wie von denen Schulze's, eingesehen werden.

Mundschau.

Berlin, 20. November.

Bezüglich der deutschen Frage glauben wir nachträglich einer längeren Correspondenz der „Köln. Ztg.“ Erwähnung thun zu müssen, die sich über das Verhältniß der österreichischen zur preussischen Politik ausspricht, und welche — man beachte wohl — von der officiösen „Wiener Abendpost“ vollständig reproducirt wurde, deren Inhalt also vom Wiener Kabinet nicht desavouirt wird. Jene Correspondenz besagt nämlich, daß man österreichischerseits, die Heiligkeit der jüngsten Verträge respectirend, dem Warten Preußens nördlich vom Main nicht entgegenarbeiten werde, daß man aber fest entschlossen sei, wenn Preußen durch Anbahnung einer Annectirung süddeutscher Länder über jene Linie hinausgehe, zu seiner Selbsterhaltung zu jedem Rettungsmittel zu greifen, ja in diesem Falle selbst Allianzen einzugehen, denen Oesterreich bis jetzt principiell aus dem Wege gegangen sei. Deutlich genug! — Der „Köln. Ztg.“ wird gemeldet:

Der preussische Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung oder Bundesacte soll noch nicht endgültig festgestellt sein. Man sieht indessen als wahrscheinlich an, daß neben der Exekutivgewalt, welche naturgemäß der Präsidialmacht Preußen zufällt, nicht nur eine Bundescommission und Marinecommission, sondern auch ein periodisch wiederkehrendes Parlament und Reichstag bestehen werde. Das einheitsliche Heer und die Marine, auf allgemeiner Wehrpflicht beruhend, können nur einem Kriegsherrn, den König von Preußen, haben. Matrilinear-Verträge werden sich nicht ganz umgehen lassen, doch wird die Bundesgewalt über bestimmte Einnahmen unter allen Umständen verfügen müssen. In den meisten andern Punkten wird die Souveränität der Einzelstaaten voranschrittlich möglichst geschont werden. — Das preussische Rundschreiben an die Bundesregierungen, am den 21. oder 22. v. Mts. erlassen, soll diese einladen, daß sie ihre Bevollmächtigten zu dem 10. Dezember, nach Berlin senden. Mitte Dezember würden danach, wie schon gemeldet, die Beratungen beginnen. Graf Bismarck soll den Wunsch ausgedrückt haben, daß die verschiedenen Minister des Auswärtigen oder dirigirenden Staatsminister, so wie die Syndici der Hansestädte zu Bevollmächtigten bezeichnet würden, augenscheinlich zur Beschleunigung der Beratungen.

Der „Staatsanzeiger“ enthält eine Mittheilung über die Berufung von Bevollmächtigten der Bundesregierungen nach Berlin. Er fügt hinzu, daß für den Tag der Wahlen die letzte Hälfte des Januar im Allgemeinen in Aussicht genommen sei. — Von hier wird telegraphisch gemeldet: „Bezüglich des künftigen Definitivums des Norddeutschen Parlamentes gilt in politischen Kreisen die Zwittertheilung desselben in Staatenhaus und Volkshaus je mehr und mehr für unwahrscheinlich, und die Aussicht befestigt sich, daß es nur zu einer Kammer kommen werde. Die Verschiedenheit der Interessen gegenüber dem unitarischen Parlament würde in der Bundes-Commission genugsam zum Ausdruck kommen. Ein Staatenhaus müßte danach allerdings überflüssig erscheinen.“ — Graf Bismarck soll von heute bis übermorgen zurück erwartet werden. — Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt, kam die Dotations-Angelegenheit in einem Ministerrath zur Sprache, welcher am Montag früh bei dem Könige stattfand. Die Minister begaben sich unmittelbar nach Schluß der Beratung in die Sitzung der Dotations-Commission. Das Blatt hofft, daß die Commission die Motive der Regierung würdigen und das Haus dann, ohne auf Zahlen und Namen einzugehen, das Gesetz annehmen wird. Die „Prov.-Corr.“ ist mit dem Beschluß, die Verhandlungen der Dotations-Commission geheim zu führen, einverstanden; sie hofft, daß das Haus die Vorschläge der Commission ohne weitere Erörterungen annehmen werde. — Mit der Thätigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses ist die „Prov.-Corr.“ nicht recht zufrieden; sie freut sich zwar darüber, daß durch Hilfe der Ultraliberalen die Mittel für die Regierungspresse und einiges andere bewilligt sei, aber, so schreibt sie, „in anderen

Fragen ist es der vereinigten Opposition gelungen, Beschlüsse bedenklicher und bedauerlicher Art gegen die Regierung zu Stande zu bringen.“ Der Artikel schließt mit den Worten: „Wenn die Hoffnungen, welche an die neuen Landtagesessionen geknüpft wurden, sich verwirklichen sollen, so ist dringend zu wünschen, daß die Rathschläge der Mäßigung und Besonnenheit einen festeren und zuverlässigeren Boden im Hause finden.“ Eben so wenig ist die „Kreuztg.“ zufrieden; sie hat auch schon gar keine Freude mehr an der Verbesserung im Hause und meint, die Erledigung des Budgets würde lange Wege haben, „wenn die Debatten in solcher Weise ausgedehnt werden, daß etwa zehn Herren von links immer jeder ziemlich dasselbe sagen.“ Kurz, der „Conflict“ wird allerhöchstens in schönster Form und in gewohnter Weise wieder auf der Tagesordnung stehen, wenn er nicht — wie wir meinen — bereits da ist. Aber was kann dabei herauskommen? Schwerlich mehr, als daß die wieder geeinigten „Fortschritt“-Fraktionen das alte Lied nach der alten Melodie noch einmal singen werden! — In Hannover hat das preussische General-Gouvernement Namens des Königs von allen Schlössern und sonstigen der Krone gehörenden Gebäuden förmlich Besitz ergriffen. Die Beschlagnahme des Marstalls ist ebenfalls erfolgt. — Außer der auf die Offiziere und Militärbeamten der ehemaligen hannoverschen Armee bezüglichen Kabinetts-Ordre ist auch die Bestimmung ergangen, daß die Unteroffiziere dieser Armee und die noch dienstpflichtigen Gemeinen zum Eintritt in die preussische Armee beordert werden sollen. — Die österreichische Landtags-Constitution ist haarsträubend: Der niederösterreichische Landtag steht eben im Begriff, eine Adresse anzunehmen, in welcher um schnelle Einberufung des weiteren Reichsraths, also um Centralisation mittelst des Parlamentarismus, gebeten wird; in Prag dürfte der Adress-Entwurf des Grafen Clam-Martiniy durchgehen, der im Föderalismus allein das Heil Oesterreichs erblickt, während

im ungarischen Landtag die Dealpartei soeben dahin sich geeinigt hat, das kaiserliche Rescript mit einer Adresse zu beantworten, welche die Herstellung der vollkommenen Rechtscontinuität, die Etablierung des Dualismus vom reinsten Wasser, als dringendsten Hezenswunsch, der Magyaren, bezeichnet. Das sind jedoch nur die hauptsächlichsten Parteitendenzen; daß jeder der sechszehn übrigen Landtage noch seine besonderen Krampen entwickelt, daß es ferner im Schooße all' dieser Oppositionen noch besondere Oppositionen und Spezialstrebungen giebt, kann als selbstverständlich bezeichnet werden.

In den Wiener diplomatischen Kreisen beginnt man wegen der Haltung Rußlands in der orientalischen Frage sehr besorgt zu sein. Man spricht nemlich seit mehreren Tagen schon von einer, wie es scheint, indessen noch nicht an ihre Adresse gelangten Circular-Depeche des Fürsten Gortschakoff, in welcher dieser die Pforte geradezu der Verletzung der Verträge zeihen und die Vertragsmächte anklagen soll, die ottomanische Regierung hierin unterstützt zu haben. Die Depeche soll hieraus den Beschluß ziehen, daß auch Rußland nunmehr der Verpflichtung überhoben sei, die Verträge zur Nichtschär für seine Haltung in Angelegenheiten der Christen im Orient zu nehmen.

In Paris soll die berühmte polytechnische Schule unterdrückt werden. Diese Schule, welche nach der Revolution von 1789 gegründet wurde, lieferte die ausgezeichnetesten Männer Frankreichs. Die „Presse“, der die Aufgabe geworden, die öffentliche Meinung auf diese Maßregel vorzubereiten, sucht zu beweisen, daß diese Schule nicht mehr in die Neuzeit passe! Die polytechnische Schule zeichnete sich belanntlich von jeder durch ihre freien Tendenzen aus. Selbstverständlich ist dies der eigentliche Grund, weshalb man an ihre Unterdrückung denkt. Seit 1830 lieferte sie die Offiziere zu allen Revolutionen. Dies mag nach den letzten Vorfällen zu ernstlichen Bedenken Anlaß gegeben haben. — Der „Ebenhart“ darf keine Briefe aus Compiegne mehr veröffentlichen; die „Köln. Ztg.“ hat aber dariu freie Hand, und so erfahren wir denn eine Menge wunderbarer Sachen; z. B., daß der

Jagdwagenmeister Lemans vom Pferde gefallen, aber sich glücklicherweise keinen Schaden gethan hat, daß die Fürstin Obitsa (obwohl eine schlechte Reiterin) bei der letzten Jagd zuerst den Hirsch erlegte, und dergleichen mehr. Das Kaiserpaar ist sehr „huld- und gnadenvoll“, aber ernst; Er wegen Mexico, Sie wegen der Komfahrt. Die Chemänner aber sind in Angst, daß die Kaiserin die thenren Pyoner Stoffe wieder einführen will.

In London nehmen die Wahl-Reformdemonstrationen noch riesenhaftere Dimensionen an, wie bisher. An der zu Anfang Dezembers vorbereiteten, werden sich mindestens 200,000 Arbeiter beteiligen. Die Regierung hat die Erlaubniß zur Abhaltung der Reform-Meetings in den Parks verweigert, hat aber zu diesem Zwecke Primrose-Hill angeboten. — In Irland herrscht große Aufregung. Die Regierung trifft Maßregeln gegen einen demnächst, wie behauptet wird, zu erwartenden Aufstand. Aus New-York ist vom 26. v. M. die Meldung eingetroffen, daß James Stephens die Vereinigten Staaten verlassen habe.

Die russische Regierung hat eine Submission auf Umwandlung von 162,000 Gewehren in Hinterlader ausgeschrieben.

Die Türkei wird nicht konstitutionell. Diese „beruhigende Nachricht“ entnimmt die Berliner „Volks-Ztg.“ wie sie sagt, einem Wiener Briefe der „Bank-Ztg.“

In der mexikanischen Angelegenheit versichern Berichte aus Paris, der Kaiser Maximilian habe sich auf der österreichischen Corvette „Dandolo“ zur Rückreise nach Europa eingeschifft, und werde demnächst in Cadix landen, da er den französischen Voten nicht zu berühren wünsche. Nachrichten aus Wien melden indeß, daß der Kaiser nach kurzem Aufenthalte in Paris direkt nach Miramare gehen werde. — Die officiöse „Patrie“ sagt heute gerade heraus, daß die Sache zwischen Paris und Washington bereits abgemacht ist. Die aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko geschickten Sherman und Campbell haben den Zweck, „sich den Juarez feindlichen Fraktionen entgegenzustellen.“

Spanische Zeitungen melden mit Genugthuung, daß die Gouvernements von Chili und Peru die Ausweisungsdokumente gegen die Spanier zurückgenommen haben.

Nach Berichten vom La Plata haben die Paraguiten am 18. Oktbr. das unter Baron Porto Alegre's Befehl stehende verchanzte Lager der Brasiler bombardirt.

Die Republik Bolivia, welche wider die gegen Paraguay gerichtete Tripel-Allianz protestirte, hat an der Grenze der argentinischen Provinz Jujuy eine Armee zusammengezogen, welche in die zur Allianz gehörenden Länder einzumarschiren droht.

In Japan ist der neue Taikun dem friedlichen Verkehr mit dem Auslande günstig gestimmt und soll der Bürgerkrieg beendet sein.

Deutschland.

Berlin, 27. Novbr. [Landtagsverhandlungen.] Das Abgeordnetenhaus hielt am 24. v. seine 32. Sitzung. Hauptgegenstand der Tagesordnung war: Vorberatung des Staatshaushaltsgesetzes für 1867 im ganzen Hause.

Die Sitzung wird um 10 $\frac{1}{4}$ Uhr durch den Präsidenten v. Forckenbeck eröffnet. Am Ministerische-Heydt, Selchow, Iphenitz, Reg.-Kom. Mölle, Maclean.

Die Abg. Hasenclaver und Reichenheim werden zu Kommissarien ernannt zur Entgegennahme von vertraulichen Mittheilungen über den Etat der Seehandlung. Es folgt die Beratung des Etats des Finanzministeriums. Bei Pos. 4.: Pensionen und Kompetenzen erinnert Abg. Duncker an die längst zugesagte Regulirung des Pensionswesens und stellt den Antrag auf Vorlegung eines solchen, angeblich schon seit 1861 ausgearbeiteten Gesetzentwurfs.

Der Finanzminister erklärt, daß ihm der Antrag so spät eingegangen sei, daß er eine Regierungsverklärung nicht abgeben kann. Er will diese Frage in Anregung

*) Wir glauben die demaligen Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses ausführlicher mittheilen zu sollen, da sie die Keime eines neuen Conflictes mit der Regierung zu enthalten scheinen.